

L11

AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Clearingstelle stärken: Zugang zu medizinischer Versorgung für alle**

1 In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen
 2 ohne ausreichenden Krankenversicherungs-
 3 schutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearing-
 4 stelle Betroffene mit Beratung und Kos-
 5 tenübernahmen für notwendige Behandlun-
 6 gen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher
 7 und strukturelle Hürden erschweren die Un-
 8 terstützung. Daher fordern wir die SPD-
 9 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und
 10 den Senat auf, folgende Maßnahmen umzu-
 11 setzen:

12

- 13 1. Die Clearingstelle in Berlin wird verste-
 14 tigt und somit dauerhaft gesichert aus-
 15 finanziert.
- 16 2. Mit den Berliner Sozialämtern und den
 17 Berliner Krankenhäusern werden ver-
 18 bindliche Vereinbarungen zur Refinan-
 19 zierung von Notfallbehandlungen für
 20 nicht krankenversicherte Personen ge-
 21 schlossen.
- 22 3. Bürokratische Hürden und Kompetenz-
 23 ersplitterungen in den Behörden wer-
 24 den abgebaut und Anträge wie vorläu-
 25 fige Leistungsgewährungen im Krank-
 26 heitsfall schneller bearbeitet.
- 27 4. Es wird geprüft, ob eine elektroni-
 28 sche Gesundheitskarte oder eine Ber-
 29 lin City ID Card die aktuell gedeckel-
 30 ten Einzelfall-Behandlungsscheine er-
 31 setzen können.

32

Begründung

34 Trotz bestehender Versicherungspflicht leben
 35 in Berlin sehr viele Menschen, die keinen oder
 36 nur einen eingeschränkten Zugang zur Ge-
 37 sundheitsversorgung haben. Dazu gehören
 38 Wohnungslose, EU-Bürger*innen ohne gesi-
 39 cherten Anspruch, Menschen mit prekärem

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)**

In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen
 ohne ausreichenden Krankenversicherungs-
 schutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearing-
 stelle Betroffene mit Beratung und Kos-
 tenübernahmen für notwendige Behandlun-
 gen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher
 und strukturelle Hürden erschweren die Un-
 terstützung. Daher fordern wir die SPD-
 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und
 den Senat auf, folgende Maßnahmen umzu-
 setzen:

1. Die Clearingstelle in Berlin wird verste-
 tigt und somit dauerhaft gesichert aus-
 finanziert.
2. Mit den Berliner Sozialämtern und den
 Berliner Krankenhäusern werden ver-
 bindliche Vereinbarungen zur Refinan-
 zierung von Notfallbehandlungen für
 nicht krankenversicherte Personen ge-
 schlossen.
3. Bürokratische Hürden und Kompetenz-
 ersplitterungen in den Behörden wer-
 den abgebaut und Anträge wie vorläu-
 fige Leistungsgewährungen im Krank-
 heitsfall schneller bearbeitet.
4. Es wird geprüft, ob eine elektroni-
 sche Gesundheitskarte oder eine Ber-
 lin City ID Card die aktuell gedeckel-
 ten Einzelfall-Behandlungsscheine er-
 setzen können.

40 Aufenthaltsstatus oder Personen, die durch
41 Beitragsrückstände aus der Krankenversiche-
42 rung herausgefallen sind. Sie müssen im me-
43 dizinischen Notfall zwar behandelt werden,
44 aber die Krankenhäuser bleiben häufig min-
45 destens vorerst auf den angefallenen Kosten
46 sitzen, da es keine verbindlichen Vereinba-
47 rungen zur Refinanzierung gibt.

48 Zwar versucht die Clearingstelle seit 2018
49 mit ihrem Angebot einen Teil der vorhande-
50 nen Lücken, ist aber durch ihren Projektcha-
51 rakter in ihrer Finanzierung nicht dauerhaft
52 gesichert. Durch die aktuelle Praxis kommt
53 es regelmäßig zu Verzögerungen, die dem
54 Grundrecht auf Leben und körperliche Unver-
55 sehrtheit widersprechen. Krankenhäuser se-
56 hen sich gezwungen, aufwändig mit verschie-
57 denen Sozialämtern zu verhandeln, während
58 Patient*innen dringend auf Hilfe angewiesen
59 sind. Dadurch wird das gesamte System be-
60 lastet und ein diskriminierungsfreier Zugang
61 zu medizinischer Behandlung verhindert.

62 Die Clearingstelle braucht eine stabile Finan-
63 zierung, um ihre Arbeit langfristig fortzuführen.
64 Verbindliche Vereinbarungen zwischen
65 Sozialämtern und Krankenhäusern schaffen
66 Planungssicherheit und sorgen dafür, dass
67 Notfallbehandlungen zügig refinanziert wer-
68 den. Gleichzeitig müssen Verwaltungsverfahren
69 vereinfacht werden, damit Leistungen
70 schneller gewährt werden können. Langfris-
71 tig ist zu prüfen, ob moderne Lösungen wie
72 eine elektronische Gesundheitskarte oder ei-
73 ne Berlin City ID Card die bisherigen Behand-
74 lungsscheine ersetzen und damit den Zugang
75 zur Versorgung erleichtern können. Als SPD
76 müssen wir uns dafür einsetzen, dass Ge-
77 sundheit nicht vom Versicherungsstatus ab-
78 hängt. Nur so stellen wir sicher, dass alle Men-
79 schen in Berlin im Krankheitsfall die notwen-
80 dige Versorgung erhalten.